

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

261 (10.11.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerapalten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung des Druckgesetzes, bei gerichtlicher Befragung und bei Kontour außer Kraft tritt o. Erfüllungsgewissheit und Gerichtsstand in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Kampane 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandel / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2.20 Mark o. Ohne Zustellung 1.90 Mark o. Durch die Post 2.40 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erhöhter Preis wöchentlich 12 Pfennig o. Vollständig 2.80 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Markstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Postfach-Büro: Durach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 261

Karlsruhe, Dienstag, den 10. November 1931

51. Jahrgang

Macdonald zur Wirtschaftskrise

Kostlose deutsch-französische Verständigung das Gebot der Stunde

London, 9. Nov. Das Jahreshauptamt anlässlich der Amtseinführung des neuen Lordmayors in London in der Guildhall gewann in diesem Jahre besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß die neuernannten Minister der englischen Krone zum ersten Male vor die Öffentlichkeit traten.

Der neue Staatssekretär des Außenwesens, Sir John Simon, begrüßte die auswärtigen Botschafter und Gesandten. Er hob in seiner Rede u. a. hervor, daß die treue Arbeit, die von den Botschaftern und Gesandten in den letzten Jahren geleistet worden sei, für die

internationale Arbeit und den Weltfrieden mehr bedeute als je zuvor. Die Anwesenheit des diplomatischen Korps — so fuhr der Redner fort — sei ein Beweis für den Grundgedanken der britischen Außenpolitik, daß England auf der Grundlage gleicher und festerer Freundschaft mit allen Nationen der Welt zu leben suche.

Premierminister Macdonald erklärte in seiner Rede u. a.: Wir sind eine nationale Regierung. Das Kabinett und die Regierung bestehen aus Mitgliedern aller Parteien, die sich zusammenschließen haben, um der Nation bei der Überwindung besonderer Schwierigkeiten in ihrem wirtschaftlichen Leben zu dienen. Die Wirtschaft Europas muß geregelt und rationalisiert werden. Vorher kann keine Grundlage in Europa für stabile wirtschaftliche und industrielle Verhältnisse geschaffen werden.

Die Lage in Deutschland

im Verhältnis zum übrigen Teil der Welt müsse der Gegenstand einer völligen „Ueberholung“ werden, bei der Deutschland selbst ein williger Mitarbeiter sein müsse, und endgültige Vereinbarungen müßten erzielt werden, die erträglich und durchführbar seien; die ferner nicht in ihrer Auswirkung zu immer größeren finanziellen und Handelschwierigkeiten führen und die nicht verhindern, daß der internationale Austausch der Waren in normale Bahnen zurückkehre. Macdonald fuhr fort: Wir haben den völligen

Zusammenbruch der Doktrin nationaler wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit erlebt und wir haben den Historikern und den Wirtschaftlern aller Zeiten Material für viele Studien über die Unwirksamkeit und Unzulänglichkeit dieser Doktrin geboten. Während also die „natio-

nale Opposition“ in Deutschland die „Autarkie“ d. h. die „nationale Selbstgenügsamkeit“ predigt, bezeichnet Macdonald gerade diese als Ursache der Krise, was zeigt, wie sehr die Deutschnationalen und Nationalsozialisten auf falscher Spur sind und daß deren Politik uns noch mehr ins Unglück führen würde.)

Die britische Regierung behält sich mit der Prüfung der gesamten Lage. Aber es ist Sache der in Betracht kommenden Regierungen, an erster Stelle

Frankreichs und Deutschlands,

zu einer Vereinbarung darüber zu gelangen, was jetzt geschehen muß, und später, wenn das Hoover-Memorandum zu Ende gegangen ist. Dafür darf keine Zeit verloren gehen. Eine

umfassende und dauernde Regelung

ist jetzt erforderlich. Alle Staaten müssen Zugeständnisse machen aus dem einfachen Grunde, daß, wenn sie sie nicht machen, die Weltlage viel schlimmer werden wird, bis ein Zusammenbruch und eine Revolution der einzige Ausweg sein mögen. Die britische Regierung habe mit großer Genugtuung von Kanals Besuch in Washington gehört und hoffe, daß darauf ein Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland folgen möge, das als eine wesentliche Bedingung für die Wiederaufbauarbeit in Europa betrachtet werden müsse.

Der Premierminister fuhr dann fort: Wir beabsichtigen, sobald dies durchführbar ist, die Schritte zu tun, die am sichersten dazu beitragen, das Pfund zu stabilisieren.

Wir werden das Pfund auf einer endgültigen Basis unabhängig von spekulativen Bewegungen oder tagtäglichem Transaktionen machen.

Aber die Zeit für die Stabilisierung muß zum großen Teil von Faktoren abhängen, die außerhalb unserer besonderen Kontrolle sind. Inzwischen wird jedoch, bis das Pfund Sterling wieder endgültig stabilisiert ist, das Hauptziel unserer Politik die wesentliche Aufrechterhaltung der inneren Kaufkraft des Pfund Sterling sein. Der Premierminister bemerkte weiter, die Stabilisierung des Pfundes ist eine der wesentlichen Bedingungen für einen gesunden Weltmarkt. Wir haben wichtige eigene Interessen bei jeder Regelung zu wahren, und es ist an der Zeit, daß fremde Länder wissen, daß dies für sie so verhält.

Schiedspruch im Berliner Metallarbeiterkonflikt

Lohnabkommen wird verlängert

Berlin, 9. Nov. Die Schlichtungsverhandlungen, die heute zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der Berliner Metallindustrie vor dem Schlichtungsausschuß unter Vorsitz von Gewerberat Körner stattfanden, führten zu einer Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens bis zum 1. Dezember dieses Jahres, zu welchem Termin der Lohnvertrag erstmalig mit 14-tägiger Kündigungsfrist erneut gekündigt werden kann.

In der Begründung des Schiedspruches wird angeführt:

Die Geltungsbauer des bisherigen Abkommens wird verlängert. Das Abkommen ist mit 14-tägiger Frist zum Schluß der Lohnwoche, erstmals zum 13. Dezember 1931, kündbar. Die Begründung des Schiedspruches ist im Hinblick auf die am Dienstag beginnenden Beratungen der Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirats über dieses Problem besonders bedeutsam. Es heißt nämlich, die Geschäfte in der Berliner Metallindustrie müßten wesentlich gelenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe weiter wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspreche aber der sozialen Gerechtigkeit, die Senkung in der nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Jede gesellschaftliche Arbeit verliere ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben decke. Solange die Lebenshaltung nicht durch eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt werde oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar sei, solange die Steuern nicht gesenkt und die Tarife der städtischen Unternehmungen nicht herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung nicht verringert werden, sei eine weitere Herabsetzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich.

Nazi und Kozji

Die Verhütung der Terrorbanden

Daß ein großer Teil der Nazis auch aus dem Kozilaer kommt und umgekehrt, viele Kozis erst im Nazilaager gefangen haben, ist ja hinreichend und durch hunderte von Beispielen bekannt. Ein neues markantes Beispiel wird aus Düsseldorf berichtet.

Vor einigen Wochen wurde in Düsseldorf der nationalsozialistische Schutzstaffelführer Bobis von der SA-Kaserne in der Klosterstraße erstochen aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe, von denen eine Anzahl verhaftet wurde. Jetzt haben die beiden nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Jordan und Weibel den Arbeiter Schöll als Mörder übergeben. Schöll, der früher Mitglied der KPD war, gestand den Mord auch ein. Er erklärte weiter, daß er später zu den Nationalsozialisten übergegangen sei. Er habe in der SA-Kaserne gewohnt, um seine Prüfungszeit als Aspirant für die Mittelbehörde in der Schutzstaffel zu absolvieren. In der fraglichen Nacht sei die Kaserne von kommunistischen Terrorgruppen angegriffen worden. Man habe einen Anfall unternommen; dabei habe er Bobis irrtümlich für einen Kommunisten gehalten und ihn niedergeschossen.

Umfangreiches Waffenlager ausgehoben

Raumburg a. S., 9. Nov. (Ein. Draht). In Raumburg a. S. wurde von Beamten der Weihenstephaner Polizei in der großen, zur Zeit leerstehenden Möbelfabrik Ferdinand Schneider ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Unter mehreren schweren und leichten Maschinengewehren wurde eine große Anzahl Militärgehwehre Modell 98 und mehrere Zehntausend Schuß Munition beschlagnahmt.

Die Firma Schneider ist mit allen reaktionären und umstürzlerischen Plänen, die sie in Raumburg gepulvert haben, aufs engste verbunden. Der Schwiegerohn Schneiders, der bekannte Marineoffizier Dittmar, ist vor Jahren wegen Hochverrats (Beteiligung am Rapp-Putsch) zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, wurde aber kurze Zeit nach dem Urteil aus dem Gefängnis befreit und floh nach Italien, wo er sich zur Zeit noch aufhalten soll. In letzter Zeit wurden in der Schneiderischen Fabrik dem Jungstahlhelm, der sich vor allem aus Schülern des Raumburger Domgymnasiums zusammensetzt, theoretischer und praktischer Militärunterricht erteilt; offenbar ganz im Sinne der Lehrer des Domgymnasiums, von denen sich viele staatsfeindlich betätigen.

Schwerer Zusammenstoß in Leipzig

Leipzig, 10. Nov. Am Montag kurz vor Mitternacht ereignete sich in Leipzig-Plagwitz ein schwerer politischer Zusammenstoß. Ein Trupp Nationalsozialisten, die von einer Versammlung zurückkehrten, begegnete einer Anzahl Kommunisten. Es kam zu Tätlichkeiten, so daß die Polizei einschreiten mußte. Auf die Beamten wurden mehrere Schüsse abgegeben, die von der Polizei erwidert wurden. Darauf gingen die Beamten mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vor, die allmählich auf etwa 400 Personen angewachsen war. Die Ansammlung konnte schließlich zerstreut werden. Fünf Nationalsozialisten wurden festgenommen, ebenso ein verkleideter Reichsbannermann, der Schläge auf den Kopf erhalten hatte. Die dem Polizeipräsidenten ausgeführten Personen wurden in Haft befallen.

Bern, 9. Nov. Am Montag tagte in Bern eine vom Bundesrat auf Anregung der Gaschulskommission einberufene Landeskonferenz. Der Schutz der Zivilbevölkerung gegen den chemischen Krieg.

Der Arbeitslosensiedlungsplan

Die Richtlinien fertiggestellt

Die Warnung vor Optimismus berechtigt

Die Richtlinien der Reichsregierung für die Errichtung von Stadtrand- und Schrebergärten sind fertiggestellt. Sie seien, daß die Prophezen, die im Anfang davor träumten, Arbeitslose nach hunderten Tausenden zu Gärtnern und Kleinlandwirten zu machen, die sich ohne Hilfe der Arbeitslosenfürsorge aus 2 bis 4 Morgen Land selbst unterhalten könnten, unter dem Druck der öffentlichen Kredit viel Wasser in den Wein schütten müßten.

Der Optimismus und die Illusionen dieser Leute haben eben der nackten Wirklichkeit nicht stand gehalten. Die von Siedlern zu bebauende Fläche an der Peripherie der Städte ist wohl geeignet, auf einer Besserung der Lebenshaltung beizutragen, die Möglichkeit einer neuen Existenz gibt sie aber nicht. Daraus ist zu folgern, daß eine Kürzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen nicht in Frage kommen kann.

Nach den Richtlinien werden die Gemeinden und die Gemeindeverbände die Träger der ganzen Aktion sein. Sie können auf die bestehenden Siedlungsvereinigungen zurückgreifen. Die finanzielle Seite der ganzen Entwicklung denkt man sich so, daß eine Stadtrand-Siedlung etwa 3000 Mark kostet. Die aufgewandte Eigenarbeit wird mit 500 Mark angenommen. Die Schrebergärten sollen rund 100 Mark an Aufwendung erfordern. Bei der Errichtung sollen Unter-

nehmer herangezogen werden, soweit ihre Angebote billig und angemessen erscheinen. Im übrigen wird auf die eigene Arbeit der Siedler und Kleingärtner verwiesen.

Die angegebenen Zahlen beziehen sich ohne Boden. Den Boden haben die Siedler zur Verfügung zu stellen, und zwar in Erbpaß oder nach den Richtlinien der Heimstättenbewegung. Für die ganze Aktion stehen für ein halbes Jahr monatlich acht Millionen Mark zur Verfügung. 10 Prozent dieser Summen sollen für die Errichtung von Schrebergärten verwendet werden. Der Rest soll für die Stadtrand-Siedlungen dienen, jedoch ist das Verhältnis von 10 zu 90 Prozent als Mindestmaß zu verstehen. Die einzelnen Gemeinden können je nach Lage und nach der Nachfrage den Satz von 10 Prozent für die Schrebergärten übersteigern.

Die Sozialdemokratie hat gefordert, daß für die Schrebergärten größere Summen zur Verfügung gestellt werden. Sie verweist damit den Zweck, möglichst viel Arbeitslosen zu Schrebergärten zu verheilen. Nach dem Verhältnis von 10:90 würden da monatlich 11 000 arbeitslose Familien angelegt werden. Wenn man aber für die Schrebergärten nur 30 Prozent der Mittel zur Verfügung stellt, wie das die Sozialdemokratie verlangt, könnte man monatlich über 25 000 Arbeitslose ernähren. Auf diesen vernünftigen Vorschlag sind aber die zuständigen Stellen nicht eingegangen. Die Gemeinden haben es jedoch in der Hand, hier eine Korrektur vorzunehmen. Im übrigen werden bei den Siedlungen die örtlichen Verhältnisse eine große Rolle spielen.

Schwere Steinbruchexplosion

6 Todesopfer

Sauenstein (Bez. Pirmasens), 9. Nov. In einem hiesigen Steinbruchbetrieb ereignete sich heute ein schwerer Explosionsunfall. Eine Anzahl von Arbeitern sind verunglückt worden.

Das Unglück, das mehrere Todesopfer forderte, trat ein, als ein Felsstück gesprengt worden war und mehrere Arbeiter hineinschlugen, um die Abraumarbeiten in Angriff zu nehmen. In diesem Augenblick stürzte sich das abgesprengte Felsstück und eine Hälfte begrub fünf Arbeiter unter sich.

Drei Arbeiter wurden bereits als Leichen geborgen, ein Arbeiter liegt noch unter den Felsmassen begraben; es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er gleichfalls getötet worden ist. Ein älterer Arbeiter wurde schwer, ein sechsjähriger Junge leicht verletzt.

Sauenstein, 10. Nov. Die Explosionskatastrophe von Sauenstein hat ein letztes Todesopfer gefordert. Auf dem Transport ins Kran-

tenhaus ist ein Landwirt, der bei der Explosion einen Nervenschoc erlitten hatte, gestorben.

Über den Vorgang des Unglücks wird mitgeteilt: Etwa fünf Minuten vor 17 Uhr sollte in dem unweit des Ortes gelegenen Steinbruch noch eine Sprengung vorgenommen werden. Da die Entzündung der Sprengstoffladung sich verzögerte, gingen zwei Arbeiter zur Sprengstelle, um die Ursache der Verzögerung festzustellen. Im gleichen Augenblick erfolgte die Explosion und warf einige Hundert Kubikmeter Erde und Geröll auf. Die beiden Arbeiter fielen in die Luft und wurden in Stücke zerissen. Eine Ballistenkartrunde, die auf einem Fahrweg unterhalb des Steinbruches stand, wurde von Sand und Steinen überschüttet. Dabei kamen drei Personen ums Leben und mehrere wurden mehr oder minder schwer verletzt. Eine Gerichtskommission wird heute vormittag an der Unglücksstelle eine Untersuchung vornehmen. Der Ort bietet ein Bild wilden Durcheinanders; Bäume liegen entwirrt oder umgestürzt umher. Felsblöcke sind abgebrochen und eine große Sandlampe hat sich über den Fahrweg ergossen. Unter einem schweren Felsblock liegt noch eine Leiche, die bisher nicht geborgen werden konnte.

Hitler sitzt in der Falle

Wie bekannt, hat das Organ der christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, an den Führer der Nazi-Partei bereits wiederholt klar und nachdrücklich drei Fragen gerichtet, von denen die hauptsächlichste dahin lautet, ob Herr Hitler den schwerindustriellen Führern die Erklärung und das Versprechen abgegeben habe, daß er und seine Parteigenossen Gewerkschaften und Tarifverträge nicht kündigen werden, sondern sie im Gegenteil immer schnell demontieren läßt, schweigend sich seit Wochen derart aus, daß selbst in seiner eigenen Partei unter den Mitgliedern, die der Arbeiterklasse entstammen und keineswegs Neigung haben, für das Unternehmertum nur elende Landsknechtsdienste zu leisten, die Erregung immer stärker in Erscheinung tritt. Der große Adolf findet aber trotzdem nicht den Mut, zu einer Antwort, weil er offenbar fürchtet, falls er ablehnet, daß ihm vor allem Volke die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen wird.

In dieser aus den Tatsachen und der Feigheit geborenen Verlegenheit schickt er Gregor Straker vor, der in einem Vernebelungsartikel im Böllischen Beobachter den hilflosen Versuch unternimmt, den Kopf des großen Däos aus der Schlinge zu ziehen. Weil es in Deutschland bis zur Stunde Millionen von Menschen gibt, die den ganzen Hitler-Schwindel für harte Münze nehmen, macht sich Herr Gregor Straker die Sache in der ihm eigenen schabdringigen Weise sehr leicht. Er meint einfach, die Nazis hätten es nicht nötig, schwerindustriellen Führern Erklärungen abzugeben.

Wohlgemerkt: Herr Gregor Straker spricht von den Nazis allgemein, er hütet sich aber wohlweislich, auch nur mit einem Worte anzudeuten, oder gar zu behaupten, auch Adolf Hitler hätte es nicht nötig, den Industriekapitänen Erklärungen abzugeben und er hütet sich noch mehr, zu behaupten, Hitler hätte überhaupt keine Erklärungen abgegeben. Da Hitler also schweigt, wo er doch, wenn er ein reines Gewissen hätte, sehr leicht zu antworten vermöchte, darf als durchaus erwiesen gelten, daß Hitler den Industriekapitänen gegenüber Erklärungen abgegeben oder Redensarten gebraucht hat, wonach er gegen die Gewerkschaften und gegen die Tarifverträge vorgehen würde, falls er zur Macht käme.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften hatte auch auf die Subventionen hingewiesen, die Hitler und seine Partei aus den sozialreaktionären Lagern des deutschen Unternehmertums erhalten. Darauf antwortet Herr Straker wie folgt:

„Wo haben wir uns von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen lassen, so, wie Sie das andeuten, mit der Gegenüberstellung des Bezugs auf sozialistische Programmpunkte?“

Auch hier hütet sich Herr Straker, etwa klar sagen zu wollen, daß die Nazis kein Geld von den Unternehmern bekommen. Er bestreitet nur, sie hätten unter Verzicht auf ihr „sozialistisches Programm“ Gelder angenommen. Na, so du nun sind natürlich die Industriekapitäne nicht, daß sie ausdrücklich und förmlich von den Nazis eine solche Erklärung verlangen. Die Industriekapitäne wissen ohnehin, daß das „sozialistische Programm“ der Nazis, soweit die Führung in Frage kommt, lediglich agitatorische Demagogie ist und daß die Generale und sonstigen Offiziere, die Prinzen und Großagrarier, die den entscheidenden Einfluß auf die oberste Führung der Nazi-Partei ausüben, die Praktizierung auch des bescheidensten sozialistischen Programms niemals dulden würden. In dieses Programm und an die bewußt demagogischen Versicherungen und Versprechungen der Nazi-Führer glauben doch nur die armen dummen Teufel von Proleten, die sich als Kanonensfutter für die ehrgeizigen Machtpläne der Nazi-Führer und als Klassenverräter gegen das Proletariat mißbrauchen lassen. Und diese Proleten werden eines Tages ein grausames und bitteres Erwachen erleben, und dann mit Schaudern begreifen in welcher schruppelosen Weise mit ihnen von maßlos ehrgeizigen und vollverachtenden Demagogen Schindluder gespielt worden ist.

Verurteilter Naziverleumder

Stuttgart, 9. Nov. (Eig. Draht.) Redakteur Gerlach vom „NS-Kurier“ hatte in einem Artikel im Anschluß an die von ihm schon früher verbreitete Behauptung einer Unterstützung in Höhe von 800 000 Mark, die der „Vorwärts“ durch Jakob Goldschmid von der Danabank erhalten hätte, den Verleger und die Redakteure des „Vorwärts“ als „rote Schreiberlinge“ und „südlische Zehnwort-Grenadiere“ beschimpft. Das Amtsgericht Stuttgart verurteilte den Naziredakteur zu 120 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils im „NS-Kurier“.

Eine Erklärung der Reichswehr

Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zersetzungstätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli dieses Jahres sind nicht weniger als 40 verschiedene kommunistische Zersetzungsschriften, sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten ausgeteilt worden. In allen Fällen wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zettelverteiler im gleichen Zeitraum von der Truppe auf frischer Tat erfaßt und der Bestrafung zugeführt werden. Die Truppe wird auch in Zukunft allen weiteren Zersetzungsverfälschungen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegenzutreten.

Kommunalwahlen in Bremerhaven

Bremerhaven, 9. Nov. Hier und in Vegesack fanden gestern Stadtverordnetenwahlen statt. In Bremerhaven erhielten die Sozialdemokraten 3909 Stimmen (gegen 4468 Stimmen in 1928), 11 Mandate (15), Zentrum 386 (387) Stimmen, 1 (1) Mandat, Staatspartei 517 (1097) Stimmen, 1 (4) Mandat, Ueberparteiliche Mittelstands- und Wirtschaftsliste 654 (1747) Stimmen, 2 (6) Mandate, Nationalsozialisten 3093 (—) Stimmen, 9 (—) Mandate, Deutschnationale Volkspartei 1292 (—) Stimmen, 4 (—) Mandate, Kommunisten 1868 (832) Stimmen, 5 (2) Mandate, Bürgerliche Vereinigung 948 (2561) Stimmen, 3 (8) Mandate. In Vegesack bekamen die Sozialdemokraten 575 (683) Stimmen, 4 (6) Mandate, die Kommunisten 245 (78) Stimmen, 1 (—) Mandat, Bürgerblock 427 Stimmen, 3 Mandate, Deutschnationale Volkspartei 302 Stimmen, 2 Mandate, Nationalsozialisten 935 Stimmen, 6 Mandate (1928 Bürgerliche Einheitsliste einschließl. der Deutschnationalen Volkspartei und der Nationalsozialisten 1350 Stimmen mit 10 Mandaten).

Die Wahlen in Jugoslawien

Wenn unter Diktatur gewählt wird

Belgrad, 9. Nov. Die Ergebnisse der gestern in Jugoslawien durchgeführten Wahlen zum Abgeordnetenhaus liegen heute früh nahezu völlig vor. Da sich die in einem oppositionellen Block vereinigten ehemaligen Parteiführer an den Wahlen nicht beteiligt hatten, stand es von vornherein außer Zweifel, daß die Regierung alle Mandate bekommen werde.

Dauerkampf in der Mandschurei

China regt sich gegen die Befehle

Peking, 9. Nov. (Eig. Draht.) Der Kampf um die Nonnibrücke dauert an. Seit Montag befindet sich dieser strategisch wichtigste Punkt in der Mandschurei wieder in der Hand Chinas. Die chinesischen Truppen sollen sich nach den eingetroffenen erheblichen Verstärkungen jetzt aus 5600 Mann Infanterie, 2400 Mann Kavallerie und 300 Mann Artillerie mit Offizieren zusammensetzen, während die japanischen Streitkräfte weit geringer sein sollen. In Tientsin, wo in der Nacht zum Sonntag Unruhen ausgedroht sind, ist seit Montag die Ruhe wieder hergestellt.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung hat in der zweiten Hälfte des Oktober der Gesamtandrang von Arbeitslosen erheblich nachgelassen. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden betrug am 31. Oktober 248 939; davon waren 237 945 arbeitslos.

Die Verteilung der Arbeitslosen auf die Unterfütterungseinrichtungen hat sich weiter zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung verändert. Die Zunahme der Beschäftigung der Arbeitslosenversicherung betrug nach dem Abgang von 10 984 Unterfütterten in der ersten Monatshälfte, in der zweiten Oktoberhälfte zwar wieder 4454 Personen; in der Krisenfrist aber sind vom 1. bis 15. Oktober 4682 und in der Berichtszeit 6444 Personen dazugewonnen. Gegen Ende September dieses Jahres hat sich also die Beschäftigung der Arbeitslosenversicherung um 5940 Hauptunterfütterungsempfänger vermindert und die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung um 11 126 vermehrt. Der Stand der unterfütterten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 31. Oktober 1931 folgender: In der versicherungsmässigen Arbeitslosenversicherung 71 853 Personen (56 679 Männer, 15 174 Frauen). In der Krisenunterfütterung 62 546 Personen (53 556 Männer, 8990 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterfütterten liegt um 10 998 Personen oder 8,8 Prozent, von 123 501 Personen (102 035 Männer, 21 466 Frauen), auf 134 399 Personen (110 235 Männer, 24 164 Frauen); davon kamen auf Württemberg 56 039 gegen 51 707, auf Baden 78 960 gegen 71 794 am 15. Oktober 1931.

Freistaat Baden

Der Zusammentritt des Landtags

Nach den neueren Dispositionen dürfte der Badische Landtag nicht am 17., sondern 8 Tage später am Dienstag, den 24. November, vormittags, zu seiner ersten Sitzung der kommenden Tagungsperiode zusammentreten. Am 17. November soll der Landständische Ausschuss zusammentreten.

Der nationalsozialistische Führer verwarnet

Der grobe Schwindel von der verbrannten Schmuggelware

Am Sonntag waren die Vertrauensleute des Zentrums aus den Bezirken Kaffatt, Karlsruhe Stadt und Land, Ettlingen, Pforzheim und Bruchsal-Bretten hier in Karlsruhe versammelt. Zunächst sprach der Parteiführer, Herr Uba, Dr. Föhr, über die allgemeine politische Lage. Bemerkenswert war, daß auch Herr Dr. Föhr mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte, daß gewisse deutsche Wirtschaftskreise mit dem Gedanken einer Inflation sympathisieren und in diesem Sinne auf der Reichskonferenz Dr. Brüning stark einzuwirken hätten. Herr Dr. Föhr erklärte: „So lauge Brüning an der Regierung sei, dürfe man die Versicherung haben, daß unter gar keinen Umständen irgendwelche Experimente mit der Währung gemacht werden könnten.“ Man müsse sich aber, so meinte Herr Dr. Föhr weiter, mit der Tatsache vertraut machen, daß die Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete in nächsten Jahre noch größer sein werden als in diesem.

„Generalangriff des Zentrumsvolkes auf die revolutionäre und radikale Front“

Gegenüber den Anbiederungsverfälschungen Hitlers an das Zentrum, um sich als koalitionsfähig hinzustellen, und um an die Macht zu kommen, erklärte Dr. Föhr, das Zentrum müsse alles daran setzen, eine Katastrophenpolitik zu verhindern. Man könne dem Zentrum nicht zumuten, ein Sabotagepiel mitzumachen, „einzig und allein deshalb, um die NSDAP einmal reagieren zu lassen.“ Die Rede des Herrn Dr. Föhr bewegt sich also im Rahmen der Erklärungen, die auch der Führer des deutschen Zentrums, Herr Prälat Dr. Kaas, und die der Reichskonferenz Dr. Brüning selbst auf der letzten Zentrumsversammlung in Berlin gemacht haben.

Der Minister Dr. Baumgarten behandelte die Koalitionsfrage und verlangte als das Ziel einer solchen die Errichtung einer wahren Volksgemeinschaft und die Förderung der Wirtschaft und Kultur. Er fügte hinzu: „Das Zentrum habe sich weder nach rechts noch nach links festzulegen; es sei eine Partei der Mitte und bleibe darin unabhängig und frei von jeder Abhängigkeit.“ Ueber die Rede des Herrn Ministers heist es dann noch im Bericht des Badischen Beobachters:

„Er machte die interessante Feststellung, daß in weiten Kreisen der Sozialdemokratie für gewisse Fragen (Kulturfrage) ein größeres Verständnis vorhanden gewesen sei, als bei den Liberalen und Demokraten.“

Als Zeitstiel für die Tätigkeit des badischen Zentrums gab der Landesgeneralsekretär Hele bekannt, daß es sich um einen Generalangriff gegen die revolutionäre und gegen die radikale Front handelt, womit im gegenwärtigen Zeitpunkt und demselben die Front der Nazis und der Kossis gemeint ist. Im übrigen sprach die Rede, bis hinein in die Deutsche Volkspartei, vorläufig dafür, daß das Zentrum „in der Mitte“ bleibt. Natürlich kann das auch einmal wieder anders kommen.

Nazifarrer Streng und der Tod des Staatspräsidenten

Der Badische Beobachter veröffentlicht folgende bemerkenswerte Feststellungen: „Der bekannte nationalsozialistische Pfarrer Streng von Waldwimmersbach sprach, wie man jetzt erfährt, am 24. Oktober in Hiegelhausen. Bei diesem Anlaß berichtete er, er habe sich anlässlich des Todes von Staatspräsident Wittenmann geweigert, die Glocken in seiner Pfarrei läuten zu lassen und sich wegen der Zumbereubung gegen die Anordnung des Oberkirchenrats bei letzterem selbst angezeigt mit der Bemerkung, daß er wegen des Todes eines Zentrumsmitglieds die Glocken nicht läuten lasse bzw. läuten ließe. Er fügte hinzu, wenn der Führer Adolf Hitler sterben würde, der ein gläubiger Katholik sei, dann würde er die Glocken Tag und Nacht läuten lassen. Wittenmann hätte auch zur weiteren Vertiefung des Landes Baden beigetragen. Diese Äußerungen sind ganz...

zutrifft für die geistige Einstellung eines Mannes, der sich als Kämpfer für das wahre Christentum ausgibt. Sie sind besonders im Munde eines Pfarrers derart skandalös, daß man sie an den verdorbenen Pfarrer stellen muß. Wenn es noch viele Männer dieser Gesinnung in solcher Stellung gäbe, dann hätte der Bolschewismus, der ebenfalls keine Autorität respektiert, die ihm nicht paßt, leichtes Spiel. Die Demoralisierung aber hat ein Recht darauf, zu hören, was zur Ehre für einen solchen Stand abgelehnt oder gelassen ist. Der Staatspräsident in Baden oder sonstwo ist, aus welcher Partei er auch stammen mag, kein „Parteiobose“, sondern der oberste Repräsentant der staatlichen Autorität, dem als solchem in jedem Falle gewisse Ehrenrechte gebühren. Und ein Pfarrer dient nicht dem Sinn und Geist des Evangeliums, zu dessen Verkündigung er angestellt ist, wenn er sich über diese Pflicht der Achtung der Autorität in der Weise und mit einer so skandalösen Begründung hinwegsetzt, wie es hier geschehen ist. Das sind Kämpfer gegen Marxismus und Bolschewismus, die dem, was sie angeblich bekämpfen wollen, in die Hände arbeiten.“

Vergleich der Lastenverteilung

Eine Statistik des württembergischen Finanzministeriums

Das württembergische Finanzministerium hat einen Vergleich der Lastenverteilung zwischen Land und Gemeinden in Württemberg und Baden vorgenommen und dabei folgendes festgestellt: In Baden hat nach der letzten veröffentlichten Reichsfinanzstatistik für 1928 der Anteil des Staates an den gesamten Ausgaben der öffentlichen Verwaltung 46,7 Proz., in Württemberg 46,5 Proz. betragen. Demgegenüber betrug der Anteil der Gemeinden in Baden 53,3 Proz. und in Württemberg 53,5 Proz. Bei den gesamten Steuereinnahmen für das Rechnungsjahr 1928 hat der Staatsanteil in Württemberg 47,4 Proz., in Baden 49,4 Proz. betragen, dagegen der Gemeindeanteil in Württemberg 52,6 Proz. und in Baden 50,6 Proz. Die Reichsteuerüberweisungen wurden wie folgt verteilt:

Rechnungsjahr	Württemberg		Baden	
	Staat	Gemeinde	Staat	Gemeinde
1928	98,62	51,80	78,47	47,70
1929	93,41	47,05	73,98	40,61
1930	88,25	47,07	77,58	34,09

Daraus ergibt sich, daß in Württemberg die Hauptlast des Rückgangs der Hauptsteuerüberweisungen auf den Staat gefallen ist, während in Baden ausschließlich oder nahezu ausschließlich die Gemeinden die Leidtragenden sind. Dazu kommt, daß gleichzeitig die badische Staats- die Verteilung der Schuldenlast zu Ungunsten der badischen Gemeinden geändert hat, während in Württemberg noch im Jahre 1929 zugunsten der Gemeinden weitere Lasten auf dem Gebiete der Fälligkeit übernommen hat. Nach der Reichsfinanzstatistik des Jahres 1928 hatte Baden 1928 einen ungedeckten Fälligkeitssatz von annähernd 16 Mill. RM., während Württemberg etwa 11 Millionen RM. Restmittel hatte, dagegen hatten die badischen Gemeinden noch Restmittel in Höhe von 22 Millionen RM., die damals noch in Baden gehaltenen württembergischen Gemeinden Restmittel in Höhe von etwa 11 Millionen RM.

Dr. Glockner 70 Jahre alt

Am heutigen Dienstag, 10. November, befecht der in Freiburg im Ruhestand lebende frühere Präsident des Verwaltungsausschusses, Dr. Karl Glockner, seinen 70. Geburtstag. Dr. Glockner gehörte viele Jahre dem badischen Landtag an; er wurde 1913 in die 1. badische Kammer berufen, trat nach deren Aufhebung bei der Staatsumwandlung von 1918 für die Demokratische Partei in den jetzigen Landtag und verblieb bis zu den letzten Neuwahlen des Jahres 1929. Im Landtag befechtete er volle 11 Jahre das Amt des Fraktionsvorsitzenden, sowie des 2. Vorsitzenden des Ausschusses für die inneren Angelegenheiten. Man schätzte seine weitestgehenden Kenntnisse auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, sowie seine Geistesfreiheit und seine nie rastende Arbeitskraft, durch die er fast alle Gebiete der geistigen Körperkultur gründlich beherrschte. Möge es dem geschätzten Jubilar verdammt sein, noch recht viel Jahre gesund und rüstig zu verbringen.

Verhütung von Unfällen beim Turn- und Spielunterricht

Wie der Minister des Kultus und Unterrichts in einem an die Schulämter gerichteten Rundschreiben mitteilt, haben in der letzten Zeit bedauerlicherweise die Schülerunfälle während des Turn- und Spielunterrichts in erheblichem Maße zugenommen. Es werden deshalb sämtliche Lehrer und Lehrerinnen auf ihre Pflicht zur Verhütung von Unfällen erneut hingewiesen. Dem Staat steht, soweit er wegen Verschuldens eines Lehrers bei der Erfüllung seiner Amtspflicht in Anspruch genommen wird, gegenüber dem Lehrer der Rücktritt nur in dem Maße Recht, wenn dem Lehrer zufolge in Einklang mit dem Gesetz die Verhütung von Unfällen abgesehen werden; grundsätzlich wird davon festgehalten, daß bei Verletzung der Sorgfaltspflicht der schuldige Lehrer für den Schaden haftbar gemacht wird.

Erweiterung der Oberbadischen Bankvereingung

Dr. Freiburg i. B., 7. Nov. Vor einiger Zeit haben sich die Träger der Badischen Bankvereingung und die Freiburger Bankvereingung zur Oberbadischen Bankvereingung zusammengeschlossen. Nunmehr haben auch die Schwäbische Bankvereingung in Württemberg und die Konstanzer Bankvereingung ihren Beitritt erklärt, so daß die Oberbadische Bankvereingung nunmehr das ganze oberbadische Wirtschaftsgebiet umfaßt.

Gewerkschaftliches

Karlsruher Gemeindegewerkschaften gegen Lohnabbau

In einer sehr stark besuchten Versammlung der Gemeindegewerkschaften berichtete Bezirksleiter Bürke über die in Berlin stattgefundenen Verhandlungen. Auch teilte er mit, daß durch den Schiedspruch den Gemeindegewerkschaften ein weiterer Lohnabbau von 4% Prozent zugemutet wurde. Weiter berichtete er, daß die Karlsruher Gemeindegewerkschaften für Baden bereits in dem Schiedspruch Stellung genommen und denselben abgelehnt habe.

Die anschließende Diskussion war eine recht scharfe, aber dennoch sachliche. Alle Redner brachten klar zum Ausdruck, daß es unethisch genug sei mit dem Lohnabbau. Bei den wichtigsten Lebensmitteln merke man nichts von Abbau. Auch denke man nicht daran, die überhöhten Mieten herabzusetzen.

Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

„Die Gemeindegewerkschaften von Karlsruhe verlangen mit allem Nachdruck, daß endlich ein Schiedspruch gemacht wird mit den Lohnsenkungen. Sie fordern mit aller Entschiedenheit, daß fühlbare Preisabschläge auf dem Lebensmittelmarkt eintreten. Insbesondere müssen die überhöhten Mieten herunter. Und zwar schnell. Das kann auch in den nächsten Wochen geschehen. Ohne Herabsetzung der Preise und Mieten ist jede weitere Lohnkürzung untragbar.“ —le.

Noch keine Entscheidung im Kampf um die Gemeindegewerkschaften

Berlin, 9. Nov. (Via. Weiduna.) In den Nachverhandlungen über den von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeleiteten Schiedspruch, der die Löhne der Gemeindegewerkschaft um 4% Prozent gekürzt wissen will, ist heute noch keine Entscheidung erreicht worden.

Ein skandalöser Spruch

Der Schlichter Hauschild will die schäbliche Textilarbeiterchaft aushungern

Wir lesen in der Leipziger Volkszeitung:

Nach zweitägigen Verhandlungen fällte der Schlichter Hauschild einen Schiedspruch, der vorsieht, daß mit Wirkung ab 10. November 1931 die Tariflöhne für die westfälische Textilarbeiterchaft mit Ausnahme der Arbeiterinnen 14 bis 16 Jahre um weitere 5 Prozent gesenkt werden. Die Laufzeit ist bis zum 31. Dezember 1931 festgesetzt.

Dieser Schiedspruch stellt eine in der Tarifgeschichte beispiellos dahinstehende Ungeheuerlichkeit dar. Kürzt er doch Löhne in den Baumwollwebereien, die in der Spitze für männliche Arbeiter pro Stunde 40 Pfennig und für weibliche 33 Pfennig betragen. Löhne, die so erschreckend niedrig sind, daß sie in den meisten Fällen nicht einmal mit den Sägen der geborenen Fürsorge konkurrieren können. Hauschild glaubte, der Industrie unbedingt Ersparnisse bringen zu müssen. Er vermied es aber sorgfältig, darauf hinzuweisen, daß die Industrie in erster Linie bei den Direktorengelältern, die nachgewiesenermaßen 30 000, 90 000 M und mehr betragen, die Ersparnisse erzielen könnte. Hauschild hatte bekanntlich infolge Überberaternahme einen Herzenswunsch geäußert, und es ist ihm gelungen, diesen Wunsch durch den Schiedspruch zu verwirklichen.

Was wäre es sonst anders zu verstehen, daß ein Mensch mit fünf gelunden Sinnen einer fleischigen qualifizierten Arbeiterchaft, die unter dem Namen des Textilarbeiterchafts steht, durch eine weitere Lohnkürzung das tägliche Brot vom Munde nimmt und die ganze Generation der Textilarbeiterinnen die Milch, die sie zu einer neuen Generation übergeben sollen, entzieht?

Wir fragen bei den übergeordneten Stellen hiermit an, ob einem Menschen, der zweifellos noch rationaler ist, auch weiterhin die Verantwortung für das Schicksal von Hunderttausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern überlassen werden soll. Der Schiedspruch wird im ganzen Lande bei jedem gerecht und billige Denkenden scharfe Empörung auslösen. Das letzte Wort in dieser Frage ist noch nicht gesprochen. Die Textilarbeiterchaft lehnt den Schiedspruch einstimmig ab.

Verhärfung im Lohnstreit bei der Reichsbahn

Außerordentliche Bezirkskonferenz im Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen

Am Sonntag hielt der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands auf Drängen der Delegierten in den Betrieben im Deutschen Hofmuseum in Dresden eine außerordentliche Bezirkskonferenz für die Bevollmächtigten im Reichsbahndirektionsbezirk Sachsen ab, die von über 300 Delegierten aus dem Lande besucht war. Von der Ortsgruppe Dresden waren dazu weit über 1000 Funktionäre und Mitglieder, die Zutritt zu den Verhandlungen befordert hatten, erschienen.

In der überfüllten Konferenz erstattete der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Franz Scheffel, Berlin, der trotz der notwendigen Verhandlungen wegen des schwebenden Lohnstreites erschienen war, das Referat. Er führte unter größter Aufmerksamkeit und wiederholter stürmischer Zustimmung der Konferenz u. a. folgendes aus:

Es ist kein Zweifel, daß Deutschland am schärfsten unter dem allgemeinen Tiefstand der Wirtschaft zu leiden hat. Die notwendigen Voraussetzungen, insbesondere die innere Wirtschaft zu heben, werden hingegen immer weiter verzögert, wenn sich die deutschen Arbeitgeber nicht endlich von dem Verfahren freimachen, die Wirtschaft durch Lohn- und Gehaltsabbau zu sanktionieren. Seit dem Ende folgt hingegen eine Lohn- und Gehaltsabbauwelle der anderen. Die Kaufkraft wird dadurch immer weiter gesenkt. Fortgesetzte Schrumpfung der Produktion mit ihren verhängnisvollen finanziellen und wirtschaftspolitischen Wirkungen sind die Folge. Die Reichsbahn hat sich auf diesem verhängnisvollen Wege immer mehr und mehr vorangestellt. Seit Jahren ist sie bestrebt, die Löhne

der Reichsbahnarbeiter niedriger zu halten, als dies in den übrigen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen der Fall ist. So haben aufolge des letzten Lohnabbaues, der Wirkung von Arbeitszeitverkürzung und Krisensteuer viele Tausende von Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten bereits eine Lohnkürzung von insgesamt 27 Prozent. Die Arbeiter in den Betriebswerken und Güterböden von 33,7 Prozent und in der Bahnunterhaltung, die an sich am schlechtesten entlohnt war, von 12,6 Prozent, hinnehmen müssen. Trotz dieser bereits erfolgten schweren Einkommensvermindierungen fordert die Reichsbahn für eine weitere Kürzung der Löhne um 4 Prozent, die nach den Berechnungen der Reichsbahnverwaltung eine Ersparnis von 37 Mill. Mark bringen soll. Bei ihrem Milliardenetat stellt sie die Dinge so dar, als ob nur diese Lohnkürzung von 37 Mill. Mark in der Lage sei, den Etat der Reichsbahn auszubalancieren. Allen Argumenten der Arbeitnehmervertreter gegenüber, daß an zahlreichen unproduktiven Ausgaben, wie Bahnstützen, Eisenbahnpost und nicht zuletzt auch Leistungszulagen noch herabgesetzt werden könne, weiß man nichts anderes entgegenzusetzen, als daß trotz allem keine Möglichkeit besteht, die erneute Lohnkürzung zu verbieten. Es löste die helle Empörung der Konferenz aus, daß die Vertreter der Reichsbahn die Ausgaben für Eisenbahnpostvereine mit der Notwendigkeit der körperlichen Ertüchtigung des Personales begründet angesichts der Tatsache, daß die jetzigen Löhne

bereits nicht mehr zum Lebensnotwendigen reichen, daß dazu aber weiterer Lohnabbau mehrere 100 000 Eisenbahnarbeiter der Not und dem Elend preisgibt.

Die Besammelten stimmten ihrem Verbandsvorsitzenden stürmisch zu, als er erklärte, das Maß des sozial und kulturell Erträglichen sei überhört, alle Stellen, die es angeht, seien verantwortlich dafür, wenn eines Tages Verzweiflung und Elend selbst über bestehende Verträge hinwegfluten und dadurch Erschütterungen der deutschen Wirtschaft hervorgerufen werden, die zu den schwerwiegendsten Folgen führen können.

An der Aussprache beteiligten sich nur die Vertreter aus den Betrieben, die erklärten, daß sie die bisher geleistete Arbeit der Verhandler und besonders die Unterstützung der Spitzenstellen anerkennen und von der Verbandsleitung die Ablehnung jeder Lohnkürzung fordern. Die Eisenbahner seien auch letzten Endes bereit, zu ihren Worten zu stehen, wenn nicht bei den Verantwortlichen die Barmut fege.

Kämpfe in der Holzindustrie des Rheingebiets. Der Reichsarbeitsminister hat den Antrag der Gewerkschaften auf Verkündung der Schiedsgerichtsentscheidung für die Holzindustrie im Rheingebiet abgelehnt. Der Schiedspruch sieht eine Kürzung des Spitzenstundenlohnes von 1,11 M auf 1,08 M vor.

Aus aller Welt

Kapitalistische Korruption und Flugwaffe

Stockholm, 9. Nov. Die von der schwedischen Regierung seiner Zeit ernannte Kommission zur Untersuchung des Flugzeugbaus, um die Ursachen der Korruption zu ermitteln, hat heute ihren Bericht veröffentlicht. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß das Unglück nicht auf einen Materialfehler zurückzuführen ist, sondern auf eine Reihe von unglücklichen Umständen.

Im Zusammenhang hiermit erwähnt der Bericht eine gewisse Reizung innerhalb der Leitung der Flugwaffe, bei allen Unglücksfällen Dienstfehler zu verzeichnen. Die Materialanfertigung wird als planlos bezeichnet. Dem Staabschef, Kommandeur Lübeck, wird vorgeworfen, daß er von der englischen Firma Bristol Aeroplane Company ein Darlehen von 200 000 Pfund Sterling erhalten hat, das nicht zurückgezahlt wurde, daß aber die Gesellschaft eine Bestellung von Motoren im Werte von 800 000 Kronen erhielt. Die Kommission stellt weiter fest, daß die Leitung der Flugwaffe den Anforderungen nicht entspreche, die man an sie stellen müsse, insbesondere befähigt der Leiter der Flugwaffe, General Amundson, nicht die nötige Qualifikation für sein Amt.

Für 50 000 Mark Devisen beschlagnahmt

Schellthal (Eifel), 9. Nov. Bei einem Messer und Viehhändler in Kirchellen wurden bei einer unerwartet vorgenommenen Durchsichtigung im Geldschrank erhebliche Mengen von Devisen, wie es heißt im Werte von über 50 000 Mark, beschlagnahmt.

Schweizerische Bundesbahnleiche

Der Bundesrat in Bern genehmigte die 150 Millionen vierprozentige Anleihe der Schweizerischen Bundesbahnen, die noch im November zum Kurse von 99 1/2 Prozent zusätzlich Stempel aufgelegt wird.

Noflandung eines deutschen Wasserflugzeugs

Madrid, 9. Nov. Einer Meldung aus Cadix zufolge ist der Dampfer „Komet“ bei Las Palmas aus dem deutschen Dornier-Wasserflugzeug mit der Zulassungsnummer 2069 begeben sein, das wegen eines Motorschadens auf die Wasserfläche niedergegangen sein soll.

Regierungsrat a. D. verurteilt

EM, Berlin, 9. Nov. Das Gericht verurteilte Regierungsrat a. D. Damm wegen Untreue und Amtsunterschlagung zu einem Jahr Gefängnis. Es wurde ihm auch die Fähigkeit zur Befeldung öffentlicher Ämter auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Nationalismus im Calmetteprozeß

Nationalistische Mänuer statt wissenschaftliche Klärung im Lübecker Kindersterbenprozeß

Aus Lübeck wird uns berichtet: Bei der Auseinandersetzung über den von Rechtsanwalt Dr. Fren gestellten Antrag, Professor Calmette als Zeugen zu vernehmen, führte Rechtsanwalt Dr. Wittern aus: „Ich habe niemand vernommen, nur versucht, Tatsachen einander gegenüberzustellen. Die erste Tatsache war, daß nach Presseberichten vom 27. Oktober Calmette kein Richterdeinemollen nur damit begründet hat, er wolle gegen einen deutschen Kollegen nicht etwas Ungünstiges auslassen und das müsse er, wenn er komme. Wenige Tage hinterher wirt er diesem selben Kollegen vor, er habe wider besseres Wissen Tatsachen vorgebracht, durch die er seinen Ruf als Wissenschaftler hier vor Gericht rehabilitieren wolle. Das ist“ — so erklärte Rechtsanwalt Dr. Wittern weiter — „ein unwürdiges Verhalten. Man sei, daß die erste Behauptung eine ritterliche Geste war und sein sollte. Dann entsprach die zweite Kundgebung der wahren Gesinnung. Wie die Franzosen, die ein anderes Volk als wir sind und die sich gern als ritterliche Nation bezeichnen lassen, dies beurteilen, weiß ich nicht. Wir aber als Deutsche würden das Verhalten dessen, der erst mit der Miene des Biedermannes sich erklärt wie Calmette und nachher unmittelbar darauf seine Meinung ändert, aufs schwerste verurteilen. Der Hauptschuldbeweis an dem ganzen Unheil ist Calmette.“

Nach diesen in steigender Erregung vorgebrachten Worten wandte sich Gehelrat Kolle energisch gegen den nationalistischen Interton in den Ausführungen Dr. Witterns; er fände es unerbirt, protestierte er, daß gegen den hochbedeutenden französischen Gelehrten

unter dem Hinweis Vorwürfe erhoben werden würden, daß der Mann Franzose sei —; ebenso erklärte Rechtsanwalt Dr. Cantor, daß seine Auffassung von der Interessentretung der Eltern eine andere sei als die des Rechtsanwalts Dr. Wittern. Auch die anwesenden Eltern beteiligten sich an der Debatte mit erregten Zwischenrufen.

Zur Erklärung für den angeblichen „Frontwechsel“ Calmettes sei eine Stelle aus einem Brief wiedergegeben, den Professor Calmette am 26. Oktober 1931 an Rechtsanwalt Dr. Cantor geschrieben hat. In diesem Brief heißt es wörtlich: „Ich war von der Schwere der Verantwortung des Professor Dente für die in seinem Laboratorium begangenen Versehen so sehr erschüttert, daß ich sogar in einem Briefe an den Herrn Präsidenten des Lübecker Senats einige Monate zuvor darauf hingewiesen habe, daß die Verantwortlichkeit des Professor Dente wesentlich dadurch verringert würde, daß das Laboratorium im Lübecker Krankenhaus ungenügend ausgerüstet und zur Herstellung des BCG-Inpflusses nicht geeignet war. Es war das eine Äußerung kollegialer Sympathie für einen unglücklichen Menschen und ich war weit davon entfernt, die Haltung vorauszusetzen, die Professor Dente und einige seiner Freunde jetzt angenommen haben. Diese Herren haben sich nämlich bemüht, die Debatte auf eine Nebenpur zu leiten, indem sie auf die Politik oder das Ansehen der deutschen Wissenschaft, die mit dieser traurigen Sache nichts zu tun haben, anspielten. Sie wünschten, daß das Tribunal — entgegen seiner Befugnis — über die rein biologische Frage entscheide, ob das Lübecker Unglück einem plötzlichen Viruswerden des BCG zugeschrieben werden kann, obson nirgendwo sonst in der Welt bei mehr als 1 Million geimpfter Kinder sich eine derartige plötzliche Rückkehr zur Virulenz ereignet hat. Sie haben ihre Würde und ihre wissenschaftliche Laufbahn so weit vergessen, daß sie die sogenannte Katastrophe von Bernik (Bulgarien) als Beweis herangezogen haben, diese armselige Lüge, die alljährlich von den öffentlichen Gesundheitsbehörden der bulgarischen Regierung demaskiert wurde. Ich sehe deshalb nicht ein, warum ich noch länger verschweigen sollte, was ich für die Wahrheit halte.“

Aktion gegen Korsikas Banditenunwesen

Paris, 9. Nov. (Via. Draht.) Auf Korsika hat eine militärische Aktion gegen die die Bewohner terrorisierenden und ausplündernden Banditen begonnen. Sechs Kompanien mobiler Garde sind kriegsmäßig ausgerüstet nach Korsika entsandt worden, um dort dem Räuberunwesen ein Ende zu machen. Zunächst wurde das Dorf Balnea befehlt, wo ein kürzlich erschossener Bandit sein Hauptquartier hatte. Das Dorf ist von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. In mehreren Orten der Insel sind verschiedene Personen, die mit den Banditen in Verbindung standen haben, verhaftet worden.

Gegenrevolutionäre Verschwörung in China?

Peking, 10. Nov. (Mundfunk.) Nach hier eingelaufenen Nachrichten hat der Mitarbeiter der japanischen Militärmission in Charkin einen russischen Emigranten und Weichgardisten zu sich gerufen und ihm die Organisation einer Verschwörung gegen die ostchinesische Bahn angetragen. Den Plan auszuarbeiten sollte den russischen Weichgardisten überlassen werden.

Italien und die Handelsverträge

Rom, 9. Nov. (Via. Draht.) Am Montag nachmittags wurde von Mussolini die 2. Jahresagung des Nationalrates der Korporationen eröffnet. An ihr nahmen laut Beschluß des Völkerbundes vom September auch Vertreter der Wirtschaftsräte einer Reihe Staaten Europas teil, die im Rahmen des Völkerbundes eine Zusammenarbeit der europäischen Wirtschaftsräte begründen wollen. Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Nationalrates ist die Entscheidung darüber, ob Italien bei seiner Zollaktion die Meistbegünstigungsklausel in seinen Handelsverträgen beibehalten soll, oder ob es das vorgeschlagene System annehmen will, nachdem nur von demjenigen Staat gekauft werden soll, an den in entsprechendem Verhältnis exportiert wird.

Wollen Sie oder müssen

Sie sparen? Überflüssige Frage, denn: **CLUB** ist zwar eine sehr billige, aber ganz vorzügliche Zigarette; **CLUB** ist ja viel feiner als Sie vermuten.





Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. November

1483 *Martin Luther. — 1759 *Friedrich Schiller. — 1807 *Kob. Blum. — 1878 *Amerikanischer Schriftsteller U. Sinclair. — 1918 Deutschland nimmt Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. — 1918 Reinerung der Vereinten Sozialdemokraten.

Verstüßte Störung der Revolutionsfeier

Ein Explosivkörper in der Festhalle

Die extremen Gegner der Sozialdemokratie scheuen bekanntlich vor keinem Mittel zurück in der Bekämpfung der Sozialdemokratischen Partei. Ist es nicht der Dolch oder die Pistole oder ein Trommelschlegel oder ein Gummiknüppel, dann sind es weiße Mäuse, Stinkbomben oder sonstige „geistige“ Waffen, die angewendet werden. Auch in Karlsruhe ist man nicht wählerisch in den Mitteln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das wurde man am Sonntag — wie uns nachträglich gemeldet wird — anlässlich der Revolutionsfeier der Sozialdemokratischen Partei gewahrt. Als nämlich am Schlusse die Fahnen seitens der Jugendlichen aus dem Saale getragen wurden, erfolgte auf einmal ein ganz gewaltiger Knall, der noch stärker war, wie bei einer Pistole. Außerdem entwidete sich eine Stichflamme. Bei der Untersuchung nach der Ursache fand man noch Reste eines Explosivkörpers am Saaleingang auf der westlichen Seite. Wenn es sich hierbei auch nur um einen ungefährlichen Explosivkörper handelt, so darf nicht übersehen werden, daß, wenn er während der Veranstaltung zur Explosion gekommen wäre, doch eine große Panik hätte entstehen können. Das war auch wahrscheinlich der Zweck der Sache.

Der Fall beweist, daß das die Sozialdemokratie bekämpfende Gefindel der Ultraradikalen zu recht furchtbaren Mitteln in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie greift.

Der Stadtrat hat beschlossen

Nachruf. Bei Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem nach kurzer schwerer Krankheit leider allzu früh dahingegangenen langjährigen, am Stadt- und Bürgerbücherei verbliebenen Direktor des städtischen Grundbuchamts, Notar Rudolf Stöcker, Worte des Dankes und ehrenden Gedenkens.

Ehrensache. Den Schreiner Adolf Liebler, Schreinermeister Gustav Moutere, Steuersekretär a. D. Karl Heinrich Schmidt und Baumeister a. D. Jakob Sieber Ehrentitel hier wurden aus Anlaß der Feier ihrer goldenen Hochzeit Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters, begleitet von je einer Ehrennabe, überreicht.

Weisenerneuerung in der Kaiserhalle. Die Straßenbahnstelle im Zuge der Kaiserhalle zwischen Schiller- und Sändelsstraße müssen aus betriebssicherheitslichen Gründen unbedingt erneuert werden. Mit den Arbeiten wird in nächster Zeit begonnen.

Verpachtung von Bauland. Im Eigentum der Stadt liegendes unbenutztes Bauland von rund 40 Hektar soll an Erwerbstätige und Pächter in kleinen Stücken verpachtet werden. Im ersten Jahre wird Pachtzins nicht erhoben.

Wer ist die Winternothilfe in Karlsruhe

Die zahlreichen in der letzten Zeit erschienenen Aufrufe von allen Seiten haben in den Kreisen der Mitbürgern vielfach Zweifel entstehen lassen, wer denn nun in Karlsruhe eigentlich die Winternothilfe ist. Um diese Zweifel zu zerstreuen und die Gaben in die richtige Bahn zu leiten, ist daher an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß als offizielle Winternothilfe in Karlsruhe nur die „Karlsruher Nothilfe-Gemeinschaft“ in Frage kommt, die ihre Tätigkeit als „Karlsruher Hilfswerk“ seit dem Jahre 1922 ausübt. In der damaligen Notzeit trat die Karlsruher Wohlfahrtsorganisation unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters zusammen und bildete die „Winternothilfe Karlsruhe“. Unter diesem Namen wirkte das Hilfswerk zur Rettung und Förderung unserer notleidenden Mitbürger bis zum Herbst 1930, in den Jahren 1927 bis 1930 allerdings nur noch in beschränktem Umfang. Als die Not im Vorjahre wieder so stark angedauert war, trat die Winternothilfe Karlsruhe erneut in die Öffentlichkeit, jetzt aber unter dem Namen „Karlsruher Nothilfe-Gemeinschaft“. Für die Namensänderung war maßgebend der Gedanke, daß in dem Volkstaate in der Notzeit alle zueinander stehen müssen, Volksgemeinschaft ist auch Nothilfe-Gemeinschaft.

Wer also etwas von offiziellen Karlsruher Winterhilfswerk geben will und geben kann, der richte seine Gaben nur auf das Postfachkonto 221 00 der Karlsruher Nothilfe-Gemeinschaft oder an seine hiesige Bank. Auch die zahlreichen zur Zeit in allen Stadtteilen ehrenamtlichwerbenden und mit besonderen Ausweisen versehenen Damen und Herren nehmen jede Gabe dankbar an.

Frauenversammlung des Bezirks Weststadt

Am Freitag, den 6. d. M., fand als Auftakt zu den über Winter vorgesehenen Besuchen im Zeichenaal der Gutenbergschule eine Frauenversammlung des Bezirks Weststadt statt. Zahlreich waren die Genossinnen erschienen. (Den Genossen der Weststadt zur Nachahmung empfohlen.) Genossin Stark leitete die Versammlung, bearbeitete die Erhörungen und gab hierauf das für die Besuche vorgesehene Programm bekannt. Die vorgesehene Vorträge und die Referenten lassen sehr und genussreiche Abende erwarten. Nach einem Musikstück, gespielt von Jugendgenosse Böhringer, und einem von Genossin Horn schwungvoll vorgetragenen Gedicht hielt Genossin Stadträtin Müller eine ausgezeichnete eingearbeiteten Lichtbildervortrag über: „Die sozialdemokratische Frauenbewegung“. Ein auf Teil Parteilichkeit wurde den Genossinnen in Wort und Bild vor Augen geführt. All die alten Kämpfer und Kämpferinnen für die Rechte der Frau und Mutter erschienen auf der Leinwand. Wie weit war doch der Weg und wie hart waren die Kämpfe, um den rechtlosen Frauen des vergangener Jahrhunderte ihre heutige Stellung der gleichberechtigten Staatsbürger zu verschaffen. Leider gehen so viele Frauen gleichgültig an diesen Dingen vorüber und wenden sich sogar Parteien zu, die nach ihren reaktionären Einstellungen in der Frau nur wieder die Hausfrau leben möchten und denen die Frau nur als Stimmvieh recht ist.

Der äußerst lehrreiche Vortrag der Genossin Müller fand starken Beifall und hat sicher großen Erfolg gehabt. Nach einem weiteren Musikvortrag konnte Genossin Stark die Veranstaltung schließen, mit dem Wunsch, daß auch die folgenden Vorträge einen solchen guten Erfolg aufweisen möchten. — Den nächsten Vortrag hält Gen. Jugendpartei-Kaptes am 20. November über das Thema „Die Erziehung zum sozialistischen Menschen“. Nähere Mitteilung erfolgt.

Jugendherbergen in Not

Alles leidet Not. Dabei vor allem das heranwachsende Jungvolk. Da ist es nun auch der Deutsche Jugendherbergsverband, der sich um die Zukunft der jungen Welt bemüht und mitbestimmen will im Aufbau geistigen, freien und glücklichen deutschen Volkstums. Momentan ist diese Institution, wie alles, auch nicht gerade auf Rosen gebettet. Man wird genötigt, Maßnahmen zu ergreifen, um dieses edle Volk der Jugendherbergen ungeschädigt zu erhalten und nach Möglichkeit weiter auszubauen. Zu diesem Zweck veranstaltete die hiesige Ortsgruppe einen „Abend der Jugend“, damit seiend, was man will, umrahmt von sinnvollen Streichmusikvorträgen, festlichem gelungenen Liedern des Singkreises der Karlsruher Jugendbünde, Sprechchor und voll pulsierendem Lebensgeist durch die Ausführungen des Herrn R. Schirrmann-Altena, der als führende Persönlichkeit im Jugendherbergsdienst an Hand von Lichtbildern, meist erbaulich und in Betrieb befindlicher Häuser, über Jugendwandern und -herbergen referierte. Er griff in die Anfänge der Aktion zurück. Die Menschheit, so führte er aus, dürfe nicht ganz im Verleugern der Natur, in die freie Natur, um dort insbesondere im deutschen Wald neue Kraft zu schöpfen für den harten Lebenskampf! Dazu führt sich die DDB, mitberufen. In der Zeit des Terrors der Maschine muß der Mensch zu sich selbst zurückkehren, zur Natur. Nicht erst soll er dazu übergehen, wenn es höchste Zeit ist, denn es ist vorzuziehen, sich mehr um die Kräfte als um die Güter zu kümmern; Vorbeugen ist besser als heilen. Die Häuser der DDB, sind auch im Ausland verbreitet, selbstverständlich in besonderer Stärke in Deutschland selbst. Wandern muß die Jugend sein. Aber zu früh. Es muß ein Dineintauchen sein in das Kleine der Welt, das den Weg und Blick freimacht in all das Große, Unfassbare und eben gerade deswegen der Vertiefung am würdevollsten ist. Andererseits soll das Werk, so führte der Referent weiter aus, Wegbereiter sein für die Verftändigung der Völker untereinander und zur Sicherung des Friedens beitragen, barsten durch den Willen des gefunden Kerns der deutschen Jugend.

Der Vortragende hat die Anwesenden und richtete einen Aufruf an alle Volksgenossen, auch ihrerseits ein Scherlein beizusteuern.

Die Polizei berichtet:

Diebstähle

Ein 21jähriger Kunstmalerei entwendete seiner Zimmerwirtin in der Hofenstraße drei Deckenmäde im Gesamtwert von 150 Mark und eine Mähse.

Im Weibsbild wurde eine Baubüte erbrochen und daraus zehn Mark Bismut im Wert von 27 Mark entwendet.

Einer Frau wurde am Sonntag auf der Messe der Geldbeutel mit einigen Mark Inhalt entwendet.

Verloren gegen die Verkehrsverordnungen

Bei einer gestern vorgenommenen Verkehrsverordnungen wurden fünf Kraftfahrzeuge festgesetzt, die ihren Führerscheinen nicht bei sich führten; außerdem wurde eine Reihe von Kraftfahrern betreten, die bei Dunkelheit ohne Rückstrahler fuhren.

Seefahrtverkehr im Oktober 1931

Der Wasserstand des Oberrheins hat im Oktober 1931 ruhige Bewegungen gehabt. Am Pegel zu Wauwil gemessen, ist er von 459 Zentimeter am Anfang des Monats bis auf 371 Zentimeter am 22. des Monats stetig gesunken, um dann bis auf 449 Zentimeter am 28. des Monats zu steigen und von da an wieder auf 419 Zentimeter am Ende des Monats zurückzugehen. Für die Großschifffahrt nach Karlsruhe waren bei diesem Wasserstand den größten Teil des Monats Leistungen erforderlich. Im Monat Oktober 1931 wurde die Oberrheinschifffahrt auch einige Tage durch Nebel verzögert.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Oktober 99 Güterboote und Motorboote, sowie 280 Schlepplöcher angekommen und 92 Güterboote und Motorboote, sowie 255 Schlepplöcher abgegangen. Der Elkaudienst ist sonach im Oktober 1931 schwächer als im September 1931, dagegen ganz bedeutend stärker als im Oktober 1930 gewesen. Der Frachtdienst war im Oktober 1931 erheblich stärker als der gleiche Dienst in den Monaten September 1931 und Oktober 1930. Infolge der gegenüber dem Monat September 1931 und 50 000 t betragenden Verkehrssteigerung steht der Monat Oktober 1931 bezüglich der Verkehrsstärke ausnahmsweise an zweiter Stelle unter sämtlichen bisherigen Monaten des Kalenderjahres 1931, was in der Sauseiszeit auf eine vermehrte Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen ist. Dieser Verkehrssteigerung ist es auch zu verdanken, daß der gesamte Rückgang in den Monaten Januar bis Oktober 1931 gegenüber dem Verkehr der gleichen Zeit im Jahre 1930 auf rund 18 000 t heruntergegangen ist und damit nicht mehr ganz 1 v. H. beträgt.

Safenrundfahrten konnten im Monat Oktober 1931 nur in unbedeutendem Umfang ausgeführt werden.

Aus Organisationen und Vereinen

Winterfreunden des Schwarzwaldes

Was alles der Winter uns an Freuden zu bieten geeignet ist, davon mußten die Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ am letzten Freitag ein kleiner Auschnitt gezeigt in einem Lichtbildervortrag, den Gen. Stoll vor überfülltem Volkshausaal hielt. Herrliche Bilder zogen aus dem Hause des Besuchers vorüber. Im herrlichen Winterkleide wurden gezeigt: die Schwiggquelle, Grimmetersbach, die zum Hohenlohsee führende alte Weinstube, das Naturfreundehaus der Ettlinger Naturfreunde im Geisental, der Döbel, tiefverschneite Schichten und zahlreiche märchenhafte Winterlandschaften unseres schönen Schwarzwaldes. Weiter wurde vorgeführt das Naturfreundehaus Badenerhöhe, Herrensweis, der Ochsenkopf, die Hornisgrunde, die Vorenschütte an der Bittelmannshöhe, eine wunderbare Winterlandschaft in der Nähe des Bibersees mit dem alten Hornisgrundebeim und das Naturfreundehaus der Freiburger Genossen bei Breitenau. Zahlreiche Bilder reizender Raureislandschaften soeben an unseren Augen vorüber und entzückten uns aufs höchste. Viele herrliche Aufnahmen aus der Feldbergregion folgten, so die verschneite Bismarckhöhe, herrlicher Ausblick nach dem Feldsee, das Naturfreundehaus auf dem Feldberg und viele reizende Szenerien. Auf dem Wege vom Feldsee zum Herzogenborn konnte der Vortragende einzigartige wunderbare Landschaftsbilder zeigen. Nicht minder schön waren auch die verschiedenen Abendstimmungsbilder, denen noch eine

Fülle weiterer, herrlicher Winterlandschaftsbilder folgten, so der Wörlingersee mit Recht darauf hinweisen konnte, daß die Hörer, die Winterfreunden, die sie nun im Bild gesehen haben, in Wirklichkeit genießen sollten und durch den Vortrag angetrieben werden, soviel wie möglich im kommenden Winter den Besuch des herrlichen Wintersehens zu baldigen. Die Veranstaltung dankte mit lebhaftem Beifall für das Gesehene und Gehörte und der Vortragende schloß mit Dankesworten an den Referenten und mit dem Hinweis auf die jeden Dienstag stattfindenden Vorträge den interessanten Vortragsabend.

Konzert des Sängerbund Vornwärts. Am kommenden Sonntag findet, wie aus dem heutigen Anzeiger ersichtlich, das Konzert Vornwärts in der Stadt. Festhalle statt. Das auserwählte Programm, wohl eines der besten dieser Konzertsaison, zeigt uns, daß der Vornwärts auf dem Wege der Gekulturförderung ziemlich weit vorgeschritten ist. Die Einstudierung der Chöre durch den derzeitigen Chorleiter Herrn Dr. Heinz Knoll dürfte mit größter Sorgfalt und gewissenhaft vorgenommen worden sein, so daß uns am Samstag ein gnußreicher Abend bevorsteht. Nicht allein der Chorgesang, auch die Solisten des Abends, Frau Konzertfängerin H. Knoll (Soprano) wird uns mit Perlen der Musikliteratur erfreuen. Herr Konzertorganist Wilhelm Kraus, ein Meister der Orgel, wird der Solistin sowie dem Chor ein feinfühlerndes Spiel leisten. Wer sich diesen Genuß am Samstag nicht entgehen lassen will, verheißt sich frühzeitig mit einer Einladungskarte, die im Einheitspreis von 50 Pf. in den Vorverkaufsstellen und bei den Sängern zu haben sind. In der Abendkasse wird noch ein kleiner Vorrat bereit gehalten.

Union-Theater. Zur Abwechslung ein französischer Film für man der Direktion Kitzner dankbar ist. „Die Willkür“ der Titel des von René Clair verfassten Tonfilms. Eine komplizierte Geschichte, die im Tempo der heutigen Zeit durch Großstadt Paris, ihren Höhen und Tiefen, dominiert und beherrscht dem Filmregisseur die Möglichkeit gibt, seiner Phantasie nach allen Richtungen hin die Fäden ziehen zu lassen. Die hiesige Aufführung zeigt ganz die Kunstfertigkeit der Franzosen in der lebendigen und lebenswahren Darstellung der verschiedensten Charaktere. Die Musik wie der Text einiger Schauer ist von echt französischem Prügeln, leicht behaglichem Temperament, die Melodien sind mit Grazia hingemorscht, es pridet und alisiert, der Zuschauer möchte bei der ersten Wiederholung schon missfallen. Die Darsteller und Darstellerinnen leben in ihren Rollen. Echte französische Ausdrucksweise, aus dem Kleinbürgerium, aus der Künstlerwelt und aus der Berufsarbeit, mit dem gleichen Sinnen, dem gleichen Verständnis, dem gleichen Kampf ums Dasein, dem gleichen Willen und Tragen, alle menschliche Wärme und Temperamente sind in „Die Willkür“ aufeinander gemischt, so daß das Ganze eine treffliche Unterhaltungsstunde abgibt. Das Union-Theater hat sich mit diesem Film ein Stück erworben, dessen Erfolg der Leiter nicht zurückstehen dürfte.

Lichtspielhäuser

Musik im Palais-Theater

„Herrn im Süden das Schöne...“ „Spanien!“ O nein, warum immer? Italien ist fünfmal schöner, heißt Belshazzar an Leben und diegenen. Und wer nicht dahin reisen kann, mag sich gelegentlich im Film ansehen, wie er im Palais ist. Der konnte auch die Kulturwelt längst entzückender Zeiten und der Gegenwart bekennen. Wahrscheinlich eines vergangenen Weltzeitalters, nicht zu vergleichen die gewaltigen Epochen des Mittelalters, die Straße der Fontänen, unzähliger Brunnen, die in der raffinierten Anordnung und Wirkung und sich an der Panoramatafel dieser allgegenwärtigen, einzigartigen Stadt, Rom, die Welt der Gegenwart eintrübt, zurückzuführen sein zur Insel Capri, Treiben der alten Römer, in die Glanzzeit des Altertums und in wachsender Beständigkeit, sich an dem Leben des italienischen Volkes zu zeigen eine Augenweide schaffen, der konnte auch mittels der Zauberkraft zum Frater des Welts gelangen, diesem ewig raudenden, gebenden und schaffenden Schicksalsbestimmter Napoleons, durfte gesehene des muniten, lebensvollen Treibens der Jährlinge erkennen, lernen ihren Sitten und Gebräuchen, Mitreisenden sein zur Insel Capri, denfalls an Neben geweihter Stätten, wie Pompei, vorübergehen, wandeln in den Anlagen der Bundesanpflanzung, mit Ehrfurcht vor von der Macht der Wäpfe und Ehrfurcht ländlichen Veteranen, und dem Anblick des Kapitans sich ein Bild ausmalen, von der Schönheit der Eberiten der Christenheit und den Hellenen, die die Wunderbare, Große, kleine Welt und den Blick fuhren, und all das die einstige Sehnsucht nach diesem weltanschaulich, unerschöpflichen Epochen, des erhabenen, blühenden Italiens, dem europäischen Volk im Süden, wieder abzugeben.

Das hier wirklich ein fabelhafter Film, etwas einmaliges! Mit rechtzähliger Feinsinnigkeit hat sich schon auf den nächsten dieser fortzulebenden Führungsreihe. Junge Menschen sollten Derartige unbedingt ansehen.

Bahische Lichtspiele

Als Auftakt zu den anlässlich der jährlichen Kulturarbeit der Bahischen Lichtspiele im Konzertsaal veranstalteten Festlichkeiten bringen diese ab Dienstag zwei Filme zur Erkaufführung, welche die Freizeiten und den ungeweihten Beifall der Jugend und deren Freunde finden werden. Es ist dies zunächst der Wander- und Jugendherbergsfilm „Herbergsdienst für deutsche Jugendherbergen“. Wann wir (sagen wir) die Welt der Jugendherbergen und Sonnenlicht strömen aus den Fenstern der Jugendherbergen entgegen. Der Film umschließt das Leben und Wirken der Jugendherbergsarbeit, das Leben und Treiben der Jugend in der herrlichen Natur und gleich gleichzeitig eine Parallele zwischen der gewöhnlichen, schon früh an Körper und Geist trainierten Jugend, welche Vergnügen und Zerstreuung in Kaffees und Tanzlokalen, und den frischen, ferngelunden und kraftvollen Jugendgenossen, die in ihren freien Stunden in die herrliche Natur gehen sich an der Seite des Waldes, dem Bläuen des Bades, dem Grün der Weide erfreuen, um bei fröhlichem Sport und Spiel Kräfte zu sammeln für die Hast des Alltags.

Der zweite Film „Tiere sehen dich an“ nach dem berühmten Wert von Paul Cyprien ist wohl jedem dem Namen nach bekannt. Er zeigt der Tierwelt und der Natur, die mit diesem ersten Tierfilm etwas Neues, ganz aus dem Rahmen der bisherigen Expeditionen hinaus, geschaffen. Es ist hier versucht worden, die Seelenregungen der Tiere in lauten Bildern festzuhalten. Liebe und Haß, Freude und Trauer, Mitleid und Neid, kurz alle die Regungen und Empfindungen, welche der Mensch so gerne als alleiniges Privilegium sich in Anspruch nimmt, jetzt sogar in diesem, mit liebevoller Sorgfalt aufgenommenen und zusammengestellten Film. Im Gegensatz zu allen bisher gezeigten Tierfilmen handelt es sich hier nicht um rein biologische Aufnahmen, sondern um gleichsam in sich abgerundete Szenen, die übertrieben durch die zusammenfassende Idee, die sich im Titel ausdrückt, verbunden werden.

Vorkommend beschriebene Filme stehen nur bis einschließlich Donnerstag auf dem Spielplan der Bahischen Lichtspiele im Konzertsaal, und dürfte es sich daher — besonders für die Jugend — empfehlen, sich dieselben anzusehen.

Mantelstoffe Boucle, Diagonal
Velour-Etamin
in großer Auswahl!
Wilh. Braunagel
7 Herrenstraße 7

„Pa-Pi“, Balast-Vielspiele, Herrenstraße 11

Gleichzeitig mit Stuttgart und Mannheim erfolgt heute in den Balast-Vielspielen, die Erläuterung des mit so großer Spannung erwarteten...

Kinheim

Die Sozialdemokratische Partei hatte am Samstag, 7. November, eine Versammlung im Lokal zum „Hirsch“, in der Rechtsanwalt...

Konzerte

Konzert des Gesangsvereins Viederkranz Karlsruhe-Daglanden

Die Festhalle in Daglanden war Samstagabend überfüllt. Auf allen Gesichtern spiegelt sich der Schimmer der Freude. Es war eine...

Zwei Mozartlieder führten ein. Der Gesamteindruck ließ das Gefühl der Ruhe und inneren Serenität aufkommen. Chorgeistliche...

Herr Otto Wieser konsertierte als Tenor. Seine Stimme hat Umfang. Dem dramatischen Glanz der Töne fehlt tiefe...

Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation

Man schreibt uns von gewerkschaftlicher Seite: Die Nazis fressen sich doch überall ein. Jetzt haben sie es auf die Betriebszelle...

Sobald der Arbeiter Vertrauen zum Betriebsrat der Nationalsozialisten bekommt, ist mit Ablauf aus den Reihen der Gewerkschaften zu rechnen!

Darin werden sich natürlich die Nazis täuschen, aber es ist doch beachtenswert, daß diese Gejerten sich jetzt auch an die Betriebsräte heranmachen...

Als letztes Ziel der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation bezeichnet Dr. Roth die Aufgabe, die anfänglichen Mitglieder...

Darum, Gewerkschaftler, seid auf der Hut!

Soziale Rundschau

Sorgen um die Beschäftigung ausgezeichneter Erwerbsloser in Weitzheim

Obige Angelegenheit berührt unserer Gemeindevorwaltung zur Zeit die größten Sorgen. Die Zahl unserer ausgezeichneten Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag...

Partei-Nachrichten

Aus dem hinteren Murgtal

Gausbach-Forbach. Am Sonntag nachmittags fand im Saale „Zur schönen Aussicht“ in Gausbach eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung statt...

In anderthalbstündigen Ausführungen behandelte Gen. Schöpflin die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen und zeichnete dabei in durchaus sachlicher Weise ein Bild vom Faschismus und Bolschewismus...

Auskünfte der Redaktion

H. S. W. 101. Da der Baum schon 50 Jahre lang steht, ist eine Ueberholung nicht zu erwidern. Sie müssen also warten bis der Baum wegen Altersschwäche zugrunde geht...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Esterbälle und Beerdigungszeiten: 5. November: Anna Gurrath, 36 Jahre alt, Ehefrau von August Gurrath, Schriftleiter (Mühlburg)...

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Freie Turnerschaft, Winterportabteilung. Freitagabend 8 Uhr Lichtbildvortrag im „Gambrius“. Freunde willkommen. 8260

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Altstadt

Am Mittwoch, den 11. November 1931, abends 8 Uhr, findet im „König von Württemberg“ (Eingang Zähringerstraße) eine Bezirksversammlung statt...

Frauenaktion

Die Vorstandsmitglieder und Bezirksleiterinnen werden auf Freitagabend pünktlich 8 Uhr in die Gambriushalle gebeten zwecks einer kurzen und endgültigen Besprechung der Vereinsangelegenheiten.

Frauengruppe Daglanden

Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt finden in Zukunft nicht mehr im Handarbeitsklub des Rathauses, sondern jeden Mittwoch von 2 bis 5 Uhr und Donnerstags abends von 7 bis 10 Uhr in der neuen Schule (Konferenzzimmer, 2. Stock), Platzstraße, statt...

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Eine große atlantische Sturmzelle unternimmt gegenwärtig mit Erfolg den Vorstoß gegen den europäischen Kontinent. Die Winde haben bei uns stark aufgefrischt...

Wetterausichten für Mittwoch, den 11. November 1931:

Nach veränderlichem, sehr mildem Westwetter, starke und in der Höhe stürmische Südwestwinde, zeitweilige Regen.

Wasserstand des Rheins

Basel 17, Gef. 3; Waldshut 214; Schaffersmühl 70, Gef. 4; Reßl 223, Gef. 1; Maxau 391; Mannheim 264, Gef. 2; Caub 178, Gef. 5 Stm.

Zuerst Henko hinein!



Hartes Leitungs- und Brunnenwasser eignet sich nicht zum Waschen, deshalb nahmen unsere Großmütter das schöne Geschenk des Himmels - weiches Regenwasser!



Heutzutage ersetzt Henko, Henkel's Bleichsoda, das Regenwasser. Einige Handvoll Henko vor Bereitung der...



Waschlauge im Waschkessel verrührt, geben das schönste und zum Waschen vorzüglich geeignete weiche Wasser.



zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!

